

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2024

hauptstadt
magazin



Frischer Wind in der
Polizeiakademie



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Maiempfang	
Gewerkschaften sind keine Bremser	4
Innere Sicherheit	
Gewalt endlich bremsen	5
Sicherheitskonzept gefordert	6
Personal	
Fortschritte in der Personalpolitik	7
Polizei	
Hauptstadtforum hatte Premiere	8
Strafvollzug	
Voll vielfältig. Voll abgesichert. #volldeins	9
JAV-Wahlen	
Haushoher DSTG-Sieg	10
Titelgeschichte	
Frischer Wind in der Polizeiakademie	11
Feierliche Vereidigung	14
Unterhaltung	
Preisausschreiben	15
Letzte Meldung	
Gesetzentwürfe zur Besoldung und zur Lebensarbeitszeit vorgelegt	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

diese Ausgabe des hauptstadt magazins befasst sich schwerpunktmäßig mit der Polizei unseres Landes. Dafür gibt es gute Gründe. So sind im vergangenen Monat 625 neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit einer feierlichen Zeremonie in der Philharmonie vereidigt worden und sorgen jetzt für mehr Sicherheit in unserer Stadt. Einen Blick auf die hinter ihnen liegende Ausbildung in der Polizeiakademie Ruhleben konnte das hauptstadt magazin im Gespräch mit dem stellvertretenden Direktor Oliver Klau werfen.

Was die jungen Menschen in Berlin bei der Ausübung ihres Berufes erwartet, ist allerdings leider nicht nur erfreulich, denn die Kriminalität, speziell die Gewaltkriminalität, steigt, ganz zu schweigen von der Terrorgefahr im Zusammenhang mit der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft. Umso unverständlicher, dass jetzt womöglich Mittelkürzungen drohen, die die DPoIG Berlin auch umgehend scharf zurückgewiesen hat. Gemeinsam mit dem BSBD Berlin hat sie außerdem ein Sicherheitskonzept gegen die ausufernde Gewalt gegen Bedienstete gefordert.

Zur wachsenden Gewalt hat auch der dbb berlin Stellung bezogen und, auch im Hinblick auf die tätlichen Übergriffe auf Politikerinnen und Politiker, eine Gesamtlösung der Problematik gefordert. Denn mehr Schutz braucht nicht nur die Legislative, sondern auch der öffentliche Dienst.

Eine besonders erfreuliche Meldung hat uns von den JAV-Wahlen in der Finanzverwaltung erreicht: Hier hat die DSTG-Jugend einen haushohen Sieg eingefahren und der Konkurrenz das Nachsehen bereitet.

Natürlich will auch der dbb berlin bei den im November anstehenden Personalratswahlen erfolgreich abschneiden. Ich hoffe deshalb sehr auf Ihre Unterstützung.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Polizeiakademie Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Maiempfang des Regierenden Bürgermeisters

Becker: Gewerkschaften sind nicht die Bremser

dbb Landeschef Frank Becker hat klargestellt, dass die „neuen Wege“, die Finanzsenator Stefan Evers bei der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst einschlagen will, nicht von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes blockiert werden. Beim Empfang des Regierenden Bürgermeisters zum 1. Mai führte Becker aus, dass Bremser und Verhinderer eher in den Führungsetagen der Dienststellen zu suchen seien.

So würden erfreuliche Initiativen wie die schnelleren Verbeamtungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte des nichttechnischen Dienstes seit Mitte Dezember letzten Jahres in den Dienststellen vor Ort viel zu lange geprüft und eine sinnvolle Maßnahme zur Sicherung des Personalbestands unnötig verzögert.

Zeitnahe Umsetzung gefordert

An den Regierenden Bürgermeister und die beim Empfang anwesenden Senatoren richtete Becker deshalb den dringenden Appell: „Sorgen Sie dafür, dass ihre wegweisenden Entscheidungen für einen attraktiven öffentlichen Dienst in Berlin auch zeitnah umgesetzt werden. Es ist fünf vor zwölf, was die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung angeht. Gute Ideen, um das Personal zu halten, dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Ein „das haben wir doch noch nie so gemacht“ dürfte es nicht mehr geben.

Zuvor hatte der Regierende Bürgermeister die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gewürdigt, die im Berliner Senat einen hohen Stellenwert habe.

Gleichzeitig mahnte er zum weiteren entschlossenen Zusammenstehen aller demokratischen Kräfte, auch in Krisenzeiten, wenn der Lebensstandard

gefährdet sei. „Wir dürfen uns nicht von Rechtspopulisten spalten lassen“, so Wegner wörtlich.

Positiv wertete Wegner den Verbleib Berlins in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbetriebe sicherte er schließlich zu: „Ausgründungen wird es mit mir nicht geben.“ ■



dbb Landeschef Frank Becker forderte beim Maiempfang im Roten Rathaus eine schnellere Umsetzung richtungsweisender Senatsbeschlüsse.

Gewalt endlich bremsen

Der dbb berlin appelliert an die Politikerinnen und Politiker des Landes, endlich wirksame Maßnahmen gegen die ausufernde Gewalt zu ergreifen.

Nachdem jetzt vermehrt auch Politiker selbst zur Zielscheibe tätlicher Angriffe werden, erwartet dbb Landeschef Frank Becker, dass endlich auch im öffentlichen Dienst Konsequenzen gezogen werden, die über bloße Ankündigungen und allgemeines Bedauern für die Betroffenen hinausgehen.

„Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind schon lange der Gewalt ausgesetzt, die jetzt auch auf die Politik übergreift. Schon vor Jahren hat der dbb berlin eine Vereinbarung zwischen den Spitzengewerkschaften und dem Berliner Senat initiiert, die die inzwischen eingetretene Eskalation verhindern sollte.“

Anstatt sich schützend vor ihre Beschäftigten zu stellen, habe die Legislative in Berlin sich aber über viele Jahre hinweg eher darin gefallen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu maßregeln, zu behindern und sogar – wie mit dem Antidiskriminierungsgesetz – unter Generalverdacht zu stellen.

Keine wirksamen Gegenmaßnahmen

„Tatsächlich halten die Landesbediensteten seit vielen Jahren ihre Köpfe für politische Entscheidungen hin, die sie durchführen müssen, aber nicht zu verantworten haben. Wenn Busfahrer geschlagen, Sozialarbeiter tätlich bedroht, Lehrer Gewaltattacken ausgesetzt sind, Polizisten verletzt und schließlich sogar noch Hilfsdienste der Feuerwehr und Rettungsdienste angegriffen werden, dann ist die Gesellschaft krank und hätte längst mit entschlossenen und wirksamen Gegenmaßnahmen kuriert werden müssen. Bleibt nur zu hoffen, dass die eigene Betroffenheit die Legislative endlich aufrüttelt.“

Die Gewalt sei mittlerweile allgegenwärtig auf Straßen, in Schulen, Ämtern und Bahnhöfen. Es hat sich nach Feststellung des dbb berlin längst als schöne Illusion erwiesen, dass ein allzu nachsichtiger Staat Anstifter und Täter eines Besseren belehrt. Eingetreten sei die gegenteilige Entwicklung, und die polizeilichen Statistiken melden Höchststände bei der Gewaltkriminalität. So registrierten etwa die Beamten der Bundespolizei nach Angaben der „Welt“ im März dieses Jahres mehr als 2.800 Gewaltdelikte allein auf deutschen Bahnhöfen und Bahnanlagen. Das entspricht einem Anstieg um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Laut der Anfang April vorgestellten polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) erreichte die „Gewaltkrimina-

lität“ mit 214.099 Fällen (plus 8,6 Prozent) den traurigen Höchststand seit 15 Jahren. Schlimmer noch: Die „gefährliche und schwere Körperverletzung“ stieg dabei mit 154.541 Fällen auf eine bislang nicht gekannte Größe. Eine Zunahme von 7,4 Prozent wurde bei der „vorsätzlichen einfachen Körperverletzung“ verzeichnet, bei der 429.157 Delikte registriert wurden.

Grob fahrlässige Sparpläne

„Die Einsatzzahlen schnellen in die Höhe, die Kriminalitätsrate steigt, offene Terrordrohungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft – und wir sollen sparen?“, empört sich die Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin (DPoIG). Während sich die Polizei Berlin angesichts dieser prekären Sicherheitslage für das kommende Großereignis #Euro24 rüste, fasele der Berliner Senat über Einsparungen bei der Polizei in Höhe von 20 Millionen Euro, heißt es in einer DPoIG-Pressemeldung. „Diese Ankündigungen sind nicht nur grob fahrlässig, sondern kommen auch zu einem völlig falschen Zeitpunkt“, sagte der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „Das ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die täglich ihren Kopf für die Sicherheit der Berliner Bevölkerung hinhalten.“

Die aktuellen Investitionen in die Sicherheit Berlins stellten das Mindestmaß dessen dar, was nötig sei, um wenigstens den Status quo zu halten.

Auch der dbb berlin erwartet angesichts der sinkenden Hemmschwelle für Gewalt ein höheres sicherheitspolitisches Engagement. Es dürfe jetzt keineswegs allein um eine Sonderlösung für Politiker gehen, sondern es gelte den Tätern ohne Rücksicht auf Religion, Nationalität, Herkunft und Geschlecht entschlossen entgegenzutreten. ■



Sicherheitskonzept gefordert

Einschüchterungsversuche, Beleidigungen und körperliche Angriffe zählen in Berlin mittlerweile zum traurigen Alltag bei Polizei und Strafvollzug. Besorgniserregend sind die wachsende Brutalität und Skrupellosigkeit der Täter. Auch die Privatsphäre der Bediensteten bleibt nicht mehr verschont.

So wurden im Umfeld der Justizvollzugsanstalt Heidering private Kraftfahrzeuge von JVA-Dienstkräften nachts wiederholt und offenkundig gezielt in Brand gesetzt und zerstört.

„Wir fordern dringend ein Sicherheitskonzept, das unter anderem technisch gesicherte oder bewachte Parkflächen für Bedienstete in besonders sensiblen Dienstbereichen vorsieht“, forderte Thomas Goiny, Vorsitzender der BSBD Berlin. Und Bodo Pfalzgraf, Landeschef der DPolG Berlin, ergänzte: „Das Land Berlin muss sich seiner Garantenstellung endlich bewusst werden und Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bediensteten ergreifen.“

Sicherheitsrisiko „Beruf“

Für Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sei der Beruf mittlerweile zum eigenen Sicher-

heitsrisiko geworden. Dabei ist das Land Berlin verpflichtet, seine Bediensteten bestmöglich vor Schaden zu schützen. Dieser Pflicht komme es nicht nach.

Auch nicht bei der Fürsorge für die Opfer von tätlichen Angriffen: So dauert zum Beispiel die Bearbeitung von Anträgen auf Übernahme von Heilbehandlungskosten und Schmerzensgeldansprüchen oder auf den Ersatz von Sachschäden nicht selten mehrere Monate. Oft würden entsprechende Anträge sogar abgelehnt.

Geschädigte müssten also nicht nur in Vorleistung treten, sondern hätten auch noch das Nachsehen, wenn der erlittene Schaden behördlicherseits nicht oder nur teilweise ersetzt wird, weil die Täter unbekannt bleiben.

Lehrkräfte an Schulen in schwieriger Lage

Zulage wird verlängert

Der Berliner Senat will die Zulage für Lehrkräfte an Schulen in schwieriger Lage verlängern. Die derzeitige Regelung, die mit dem Ende des Schuljahres 2023/2024 ausläuft, soll ein weiteres Jahr lang gelten. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet worden.

Die Zulage in Höhe von 300 Euro monatlich wird seit dem Schuljahr 2018/2019 an Lehrkräfte gezahlt, die überwiegend an einer Schule in schwieriger Lage eingesetzt sind.

Dabei handelt es sich um Schulen, an denen mindestens 80 Prozent der Schülerinnen und

Schüler beziehungsweise deren Familien im Schuljahr 2023/2024 von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit sind oder einen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben.

Fortschritte in der Personalpolitik

Der Berliner Senat hat am 14. Mai 2024 einen Bericht zum Personalpolitischen Aktionsprogramm 2022/23 beschlossen, der im vergangenen Jahr erzielte positive Resultate abbildet.

Im Bereich der Arbeitgeberattraktivität hätten beispielsweise sechs Landesbehörden das Gütesiegel familienfreundlicher Arbeitgeber des Landes Berlin (GfA) erhalten. Außerdem wird das Projekt „Arbeitsmal anders“ unter dem neuen Slogan „#NewWork-SenFin“ auf die gesamte Senatsverwaltung für Finanzen ausgerollt. Es fungiert als Musterprojekt zur Modernisierung der Arbeit der Berliner Verwaltungslandschaft. Der Abschlussbericht wurde der Öffentlichkeit und den Bezirken zugänglich gemacht und soll anderen Berliner Verwaltungen als Erfahrungsbericht dienen.

Auch beim Demografiemanagement konnten unter anderem durch Vereinfachung der Inanspruchnahme von Inklusionsmitteln – und damit der Förderung von Beschäftigten mit Behinderung im öffentlichen Dienst – wichtige Meilensteine gesetzt werden.

Zu den Reformvorhaben des Dienstrechts zählt unter anderem auch die vereinfachte Verbeamtung von vorhandenem Personal.

Vollständiger Überblick im Karriereportal

Um insbesondere Schülerinnen und Schüler für eine Ausbildung beim Land Berlin zu gewinnen, gibt es jetzt im Karriereportal einen vollständigen Überblick über alle vom Land Berlin angebotenen Ausbildungen (Personalgewinnung). Die Kampagnenarbeit wurde fortgesetzt; der Schwerpunkt lag, wie im Jahr zuvor, auf der Bekanntmachung der von der Senatsverwaltung für Finanzen organisierten und finanzierten dualen Studiengänge.

Wichtiges Sonderthema ist die Transforma-

tion des Landesverwaltungsamts (LVWA) zu einem modernen Landespersonalservice. Dabei geht es um die Bündelung von Personaldienstleistungen im gesamten Personalmanagementzyklus – vom Recruiting, Einstieg und Ausstieg bis hin zur weiteren Digitalisierung und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz in Reallaboren in verschiedenen Bereichen der Behörde.

Ausbildungskapazitäten erweitert

Bei der Nachwuchsförderung stellt die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte für den unmittelbaren Landesdienst eine wichtige Säule zur Deckung des Fachkräftebedarfs dar. Vor diesem Hintergrund hat das Land Berlin in Kooperation mit den Berliner Hochschulen verstärkt duale Studiengänge etabliert und Ausbildungsplatzkapazitäten stetig erhöht. Um eine qualitativ hochwertige Ausbildung in den Dienststellen zu gewährleisten, wurden außerdem zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt.

Seit 2017 legt der Senat die Schwerpunkte seiner Personalpolitik für den unmittelbaren Berliner Landesdienst in seinem Personalpolitischen Aktionsprogramm (PPAP) fest. Das zehnte PPAP betrifft den Berichtszeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023.

Das PPAP ist nicht zu verwechseln mit dem „Personalentwicklungsprogramm 2030“ (PEP 2030). Mit dem „Personalentwicklungsprogramm 2030“ beschreibt der Senat Maßnahmenfelder und dringend nötige Meilensteine, um mit einer zukunftsorientierten Personalpolitik auch 2030 noch handlungsfähig zu sein. ■

Blaulichtnetzwerk der DPoIG Berlin

Hauptstadtforum hatte Premiere

Im Rahmen ihres Blaulichtnetzwerks für Bildung hat die DPoIG Berlin ein erstes Hauptstadtforum mit zahlreichen prominenten Rednern und Gästen am 26. April in der Polizeiakademie in Ruhleben veranstaltet.



Gleich zu Beginn hielt Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner eine Rede vor den rund 120 Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung. Wegner sicherte der Polizei seine volle Unterstützung zu, wenn sie, wie beispielsweise bei den alljährlichen Auseinandersetzungen am 1. Mai, tätliche Angriffe auf Polizeikräfte mit konsequentem Einschreiten beantwortet. In den Vorjahren hatten sich die Debatten

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (rechts), beim Hauptstadtforum

um Polizeieinsätze bei gewalttätigen Auseinandersetzungen eher weniger konsequent um Verhältnismäßigkeit und Racial Profiling herum bewegt.

Auch Polizeipräsidentin Barbara Slowik unterstrich per Videobotschaft die positive Streitbarkeit der Einsatzkräfte.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte der Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, Martin

Schäfer, über die Rolle des Rates der Bürgermeister im politischen Entscheidungsprozess.

Vom Fahren ohne Motorradführerschein über Kosten für eingestellte Bußgeldverfahren bis hin zur Auffahrunfallschuld reichten die Themen, zu denen Verkehrs-experte Rechtsanwalt Thomas Noack Stellung bezog.

Praxisberichte zu Rechtsschutzfragen

Die DPoIG Berlin selbst informierte über Praxis und Theorie der Gewerkschaftsarbeit. Vorgestellt wurden dabei unter anderem aktuelle Rechtsschutzfälle, in die alle Dienstkräfte der Polizei Berlin und der Ordnungsämter verwickelt werden könnten.

Aus der Praxis der Beschäftigtenvertretungen berichtete der Personalratsvorsitzende der Direktion 4, Holger Graf, zusammen mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf.

Andreas Becker aus der Bundesgeschäftsstelle des dbb beamtenbund und tarifunion schilderte schließlich, wie es um die amtsangemessene Alimentation im Land Berlin bestellt ist. ■

Hitzeaktionsplan beschlossen

In Berlin soll es bis zum Jahr 2025 einen Hitzeaktionsplan geben. Das hat der Senat in seiner Sitzung am 14. Mai 2024 beschlossen. Dazu soll eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung von Gesundheitssenatorin Ina Czyborra eingerichtet werden.

Der Hitzeaktionsplan soll die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung durch wachsende Hitzebelastung infolge der Klimakrise reduzieren. Von Sommerhitze seien alle Menschen betroffen, aber ein besonderes Risiko bedeute sie für ältere, pflegebedürftige, chronisch kranke oder obdachlose Menschen, Schwangere und auch Babys.

Die Arbeitsgruppe soll ihre Arbeit noch im Sommer 2024 aufnehmen.

Ina Czyborra, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege: „Hitzeschutz ist eine gesamtgesell-

schaftliche Aufgabe. Ich freue mich, dass der Prozess zur Erarbeitung des Hitzeaktionsplans nun beginnt. Die Erarbeitung des landesweiten Hitzeaktionsplans stellt einen wichtigen Schritt zu verbessertem und übergreifendem Hitzeschutz dar.“

Der dbb berlin erwartet, dass der Senat bei seinen Plänen auch die eigenen Beschäftigten im Auge behält und in Büros ohne Klimaanlage für eine angemessene Arbeitstemperatur sorgt. In vielen Dienststellen seien lediglich „Innenjalousien“ vorhanden, die zur Raumkühlung eher weniger beitragen. Außenjalousien würden häufig vom Denkmalschutz verhindert. „Dies kann nicht akzeptiert werden, Arbeitsschutz geht vor Denkmalschutz“, so Becker.

Weitere Informationen zum Thema Hitzeschutz: www.berlin.de/Hitzeschutz ■



Ausbildung im Justizvollzug

Voll vielfältig. Voll abgesichert. #volldeins

Erstmals hat am 4. Mai 2024 eine Berufsmesse des Berliner Justizvollzuges stattgefunden. Interessenten konnten den Berufsalltag des allgemeinen Vollzugsdienstes mit seinen vielfältigen Aufgaben an diesem Tag besonders praxisnah erleben, denn die Veranstaltung fand – sozusagen vor Ort – in der Jugendstrafanstalt Berlin statt.

Beim Schnuppern von Gefängnisatmosphäre ließen es die Veranstalter bei der auf Nachwuchsgewinnung gerichteten Messe aber keineswegs bewenden: In einem nachgebauten Haftraum konnten die Besucher schon einmal probeweise selbst Hand anlegen und eine Haftraumkontrolle durchführen. Videos auf Großbildschirmen informierten unter anderem über die Schutzausstattung der Beschäftigten, und durch eine digitale Brille war es sogar möglich, den Gefängnisalltag hautnah mitzuerleben.

Alle Berliner Vollzugsanstalten waren auf der Berufsmesse unter dem Motto „Voll vielfältig. Voll abgesichert. #volldeins“ zur Stelle, sodass potenzielle Bewerber sich auch über die verschiedenen Formen von Haftanstalten informieren konnten.

Unterstützt wurde die Veranstaltung zusätzlich durch den Karrierebus des Landes Berlin, und auch der BSBD Berlin war mit einem Informationsstand vertreten.

Großes Interesse für BSBD-Infostand

„Wir haben uns sehr gefreut, dass wir Teil dieser tollen Veranstaltung sein durften, und hoffen, dass dieses Konzept dauerhaft fortgeführt wird“, äußerte sich BSBD-Landeschef Thomas Goiny sehr zu zufrieden am Ende der Berufsmesse. Erstmals seien die Pforten geöffnet worden, um Einblick hinter die Mauern einer Justizvollzugsanstalt zu gewäh-



Auch dbb Landeschef Frank Becker (Mitte) besuchte natürlich den BSBD-Stand.

ren. „Wir hoffen sehr, dass zukünftig alle Anstalten diese Gelegenheit nutzen“, so Goiny weiter, der sich ganz besonders über das große Interesse für den BSBD-Infostand freute: „Wir haben dort zahlreiche Kontakte knüpfen beziehungsweise erneuern können.“

Auch der dbb Landesvorsitzende Frank Becker zog als Gast der Veranstaltung ein positives Resümee: „Ich bin sehr dankbar, dass der Strafvollzug neue Wege zur Nachwuchsgewinnung beschreitet. Der öffentliche Dienst braucht dringend Nachwuchs in allen Bereichen – und da muss man auch mal ungewöhnliche Wege gehen.“

Die aktuelle Werbekampagne für eine Ausbildung im Justizvollzug „Voll vielfältig. Voll abgesichert. #volldeins“ ist über die Homepage zu erreichen: www.berlin.de/justizvollzug/personal/bildungsakademie/ausbildung-und-bewerbung/. ■

DSTG-Jugend gewinnt GJAV-Wahlen haushoch



Die DSTG-Jugend Berlin konnte sich mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 2 „Stark für Dich und Deine Ziele“ bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung am 15. Mai 2024 auf ganzer Linie durchsetzen.

Auf örtlicher wie auch auf überörtlicher Ebene gewann die DSTG-Jugend deutlich gegen die Konkurrenzgewerkschaft ver.di. und stellt auch in der zukünftigen Amtsperiode den Vorsitz der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung. Neun der 13 Mandate entfielen dort auf die DSTG-Jugend, die 182 der 259 abgegebenen Stimmen auf sich vereinen und so ihren Vorsprung noch ausbauen konnte.

Die Spitzenkandidatin der DSTG-Jugend Berlin, Kim Flader, wird nun den Staffelstab von Sandra Heisig, der bisherigen GJAV-Vorsitzenden, übernehmen. Heisig ist glücklich, dass Flader nun die erfolgreiche Arbeit der DSTG-Jugend Berlin in der GJAV fortsetzen kann. Beide Frauen wurden auch in die HJAV gewählt.

Sehr erfreut reagierte dbb Landeschef Frank Becker: „Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin gratuliert zu diesem hervorragenden Ergebnis und wünscht der GJAV alles Gute bei der zukünftigen Arbeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen.“ ■



Frischer Wind in der Polizeiakademie

In der Berliner Polizeiakademie ist ein fortschrittlicher Geist eingezogen. Fürsorge, zeitgemäße Menschenführung und moderne Arbeitsformen werden großgeschrieben. Und auch der Lehrplan soll entrümpelt werden, um die Nachwuchsgewinnung zu erleichtern beziehungsweise die fertig ausgebildeten jungen Beamtinnen und Beamten an die Berliner Polizei zu binden. Denn auch die Polizei drücken schwere Nachwuchssorgen, erfuhrt das hauptstadt magazin im Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Akademie, Kriminaldirektor Oliver Klau.

Die Polizeiakademie in Ruhleben (und einigen weiteren Standorten) bildet den gesamten mittleren Dienst der Schutzpolizei von Berlin aus. Darüber hinaus ist sie auch vorgesetzte Dienststelle der Anwärter des gehobenen Dienstes, die an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWS) mit dem theoretischen Rüstzeug versehen werden, die praktischen Teile ihrer Ausbildung aber ebenfalls an der Polizeiakademie absolvieren. Schließlich durchlaufen alle Polizeivollzugskräfte ihre alljährlichen Fortbildungen in der Akademie. Dabei geht es keineswegs nur um die obligatorischen Schießübungen, sondern auch um Spezialthemen wie etwa kriminalistische Vernehmung, Straßenverkehrswesen oder auch interkulturelle Kenntnisse.



Oliver Klau

Vierte Säule der Polizei

Kein Wunder, dass die weitreichende Verantwortung der Akademie für die dauerhafte Funktionsfähigkeit der gesamten Berliner Polizei zu organisatorischen Konsequenzen innerhalb des Polizeiapparats geführt hat. Seit 2017/2018 ist die Polizeiakademie eine eigenständige Dienststelle und als vierte Säule direkt dem Berliner Polizeipräsidenten unterstellt.

Die amtierende Polizeipräsidentin Barbara Slowik hat darüber hinaus vor einem Jahr mit Oliver Klau einen Mann zum stellvertretenden Leiter berufen, der Vielfalt und Besonderheiten des Polizeiberufs aus dem Effeff kennt. Zuletzt war Klau im Landeskriminalamt für die Bekämpfung von Cyberkriminalität zuständig.



Waffenausbildung

An der Seite der seit November 2022 amtierenden Akademieleiterin Nancy Boy-Seifert schlägt er seitdem neue Wege ein, um junge Menschen für den Polizeiberuf fit zu machen und zu begeistern.

Fürsorge großgeschrieben

Polizeischüler für den mittleren Dienst sind in der Regel noch sehr jung, die meisten zwischen 18 und 20 Jahre alt. Neben der eigentlichen Ausbildung spielt deshalb auch die Betreuung mittlerweile eine wichtige Rolle.

„Wir kümmern uns unter anderem um bezahlbaren Wohnraum für zugezogene Anwärter, bieten ein Willkommensprogramm und bemühen uns verstärkt, auf dem weiträumigen Akademiegelände mit den verschiedensten Freizeitangeboten Zugehörigkeitsgefühl und Zusammenhalt zu schaffen“, führt Oliver Klau aus. Auf dem 166.000 Quadratmeter großen Areal mit seinen vielen Sportanlagen bieten sich auch in der Freizeit die unterschiedlichsten Trainingsmöglichkeiten an. Hier wird Basketball und Volleyball gespielt, geboxt und geschwommen. Aber auch gemeinsames Musizieren sorgt für Wohlbehagen und festigt den Zusammenhalt. Sogar eine Art „Campuszeitung“ ist geplant.

Erfolgsmodell ABK

Während die Freizeitgestaltung durchweg ehrenamtlich vom Personal der Polizeiakademie bestritten wird, stehen zwei hauptamtliche Kräfte in einer Beratungsstelle den jungen Menschen zur Seite, wo auch immer der Schuh gerade drückt. Private oder berufliche Sorgen, gesundheitliche oder zwischenmenschliche Probleme – hier kann einfach alles ausgepackt



Einsatzübung

werden, denn es bleibt natürlich streng vertraulich. „Die Anlaufstelle für Beratung und Konfliktbewältigung, kurz ABK, ist ein Erfolgsmodell“, unterstreicht Oliver Klau und verweist auf den großen Zulauf, den die ABK verzeichnet.

Kulturelle Vielfalt

Über 300 fertig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten des mittleren und 300 weitere des gehobenen Dienstes verlassen nach zweieinhalb- beziehungsweise dreijähriger Ausbildung jedes halbe Jahr die Akademie, unter ihnen nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern immer wieder EU-Bürger, die nach den dienstrechtlichen Bestimmungen ebenfalls in Deutschland verbeamtet werden können. Die Ausbildung aufnehmen können aber auch Bürger von Drittstaaten, die einen Einbürgerungsantrag gestellt haben. Allerdings muss diesem spätestens bis zum Ende der Ausbildung stattgegeben worden sein. Zumeist handelt es sich dabei um junge Menschen, die aus der Türkei oder den Balkanstaaten kommen.

„In der Hauptstadtpolizei ist die kulturelle Vielfalt, die auch dem Berliner Leben entspricht, willkommen“, unterstreicht Oliver Klau. Nur selten treten nach seinen Angaben Konflikte aufgrund von unterschiedlicher ethnischen Herkunft beziehungsweise infolge politischer Spannungen auf, die normaler-



weise in Gesprächen aufgearbeitet werden können. „Wer allerdings radikales, grundgesetzwidriges Gedankengut verbreitet, hat in der Polizei nichts zu suchen und muss gehen“, stellt Oliver Klau klar.

Bewerber gesucht

Die Modernisierungsanstrengungen in der Polizeiakademie zielen nicht zuletzt darauf ab, eine ausreichende Anzahl geeigneter Bewerber für den Polizeidienst zu interessieren. Denn wie im gesamten öffentlichen Dienst ist die Zahl der altersbedingten Abgänge auch

bei der Polizei hoch. „Zehn Prozent gehen außerdem während der Ausbildung verloren“, gibt der Vizechef der Akademie zu bedenken. Denn neben vielen Vorzügen, zu denen die enorme Vielfalt interessanter Verwendungsmöglichkeiten zählt, bringt der Polizeiberuf auch weniger erfreuliche Aspekte wie zum Beispiel Gewalterfahrungen mit sich, denen nicht jeder standhalten kann.

„Die Qualifizierung soll natürlich nicht heruntergeschraubt werden“, unterstreicht Klau in diesem Zusammenhang, „eine zeitgemäßere Ausbildungspraxis und eine inhaltliche Überarbeitung des Unterrichtsstoffs werden jedoch vorgenommen.“

Digitalisierung forciert

In den letzten Jahren hat sich in dieser Richtung einiges getan:

So wurde die Digitalisierung forciert. Lernprogramme können jetzt von zu Hause abgerufen werden, und im Unterricht finden immer mehr interaktive Module anstelle des rein theoretischen Frontalunterrichts Verwendung.

„Bei der technischen Ausstattung ist allerdings durchaus noch Luft nach oben“, räumt Klau ein, der künftig gern jeden Polizeischüler mit einem Diensttablet versehen würde.

Generell wird die Ausbildung des mittleren Polizeidienstes derzeit umgestaltet. Inhaltlich widmen sich die Lehrkräfte zunehmend Zukunftsthemen und nicht mehr fast ausschließlich Rechtsfragen. Der theoretische Unterricht ist allgemeinbildend und bezieht die gesellschaftliche Situation mit ein. Seminare zum Verhaltenstraining, Kurse für polizeiliche PC-Programme, Praktika und Sport stehen ebenfalls auf dem Stundenplan. Auch die Prüfungsformate haben sich geändert. Statt reiner Wissensabfragen werden praktische Situationen simuliert und ihre Lösung bewertet.

Über 800 Beschäftigte

840 hauptamtlich Beschäftigte der Polizeiakademie stemmen diese Aufgabenvielfalt, viele als Fachausbilder, Prüfer oder auch in der Verwaltung. Wer sich selbst einen Eindruck von der Arbeit der Akademie verschaffen will, der hat alljährlich Gelegenheit beim Tag der offenen Tür in Ruhleben, der in diesem Jahr 15. September stattfindet.

Fragt man übrigens Oliver Klau nach seinen Wünschen für die Akademie, dann zählt dazu neben ausreichendem Polizeinachwuchs und einer auskömmlichen Finanzausstattung vor allem der Fortbestand des hohen Stellenwerts, den die Ausbildung und damit die Akademie gegenwärtig einnehmen.

Das hauptstadt magazin schließt sich diesen Wünschen vorbehaltlos an. ■



Feierliche Vereidigung in der Philharmonie

Über 625 neue Einsatzkräfte kann sich die Berliner Polizei freuen, die am 13. Mai 2024 in der Philharmonie vereidigt wurden.

Noch bevor die Leiterin der Polizeiakademie Berlin, Nancy Boy-Seifert, den jungen Frauen und Männern sichtlich bewegt den Schwur auf das Grundgesetz und die Berliner Verfassung abnahm, hatte Polizeipräsidentin Barbara Slowik die jungen Beamtinnen und Beamten zu Verantwortung, Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie Neutralität im Dienst gemahnt. „Der Polizeiberuf ist kein Job wie jeder andere“, führte die Polizeichefin aus, „sondern ein Stück weit Berufung zum Schutz von Grundgesetz und Demokratie.“

Auch die hohen tagtäglichen Anforderungen an die Berliner Polizei ließ Slowik nicht unerwähnt: 3,8 Millionen Berlinerinnen und Berliner sowie ihre Gäste gelte es zu schützen. Auf 5.700 Kilometern müsse der Verkehr in der Hauptstadt sicher fließen und auch bei Großveranstaltungen sei die Polizei stets gefordert, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, nannte Slowik als Beispiele. Bei der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft etwa rechne man mit 2,6 Millionen Gästen in der Stadt, für die zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssen. Selbst Zwischenfälle im weiter entfernten Ausland blieben oft nicht ohne Folgen für die Hauptstadt-

polizei, die beispielsweise verstärkten Schutz für diplomatische Vertretungen sicherstellen muss.

Der Staatssekretär für Inneres, Christian Hochgrebe, der bei der Veranstaltung die Grüße von Innensenatorin Iris Spranger überbrachte, würdigte den Beitrag der Polizei für das Gemeinwesen. Dieser Einsatz verdiene alle Anerkennung, die sich auch in ausreichenden Aufstiegs- und Karrierechancen sowie größtmöglicher Vereinbarkeit von Beruf und Familie niederschlagen müsse. Angesichts der voll besetzten Philharmonie zeigte sich der Staatssekretär besonders erfreut über die Vielzahl von Angehörigen und Freunden, die bei der Vereidigung ihre Verbundenheit mit der Berliner Polizei zeigten.

Dass eine Vereidigung bei allem gebotenen Ernst auch ein Grund genug zum Feiern ist, stellten das Landpolizei-Orchester Brandenburg und die Combo der Polizei Berlin unter Beweis, die das Veranstaltungsprogramm einrahmten. Mit besonderer Begeisterung aufgenommen wurden dabei die gekonnten Gesangsdarbietungen, die Polizeiangehörige aus dem Repertoire von Whitney Houston, Tim Bendzko und Lady Gaga vortrugen. ■

Begrenzung einer Fläche	europ. Kultur-TV-Kanal	seelisch bedingtes Leiden	Einfall, Gedanke	<h2 style="text-align: center;">Unsere Gewinner</h2> <p style="text-align: center;">Für einen vergnüglichen Abend im Prime Time Theater haben Gutscheine gewonnen:</p> <p style="text-align: center;">Dieter Krause, 13469 Berlin Christin Müller, 15738 Zeuthen Marco Feige, 10553 Berlin</p> <p style="text-align: center;">Das Lösungswort war „Frühling“.</p>	Landraubtier	Bratsche	Ausflug zu Pferde	
norddeutsch für Ried, Schilf	Eingang	Fluss z. Rhein, von der Eifel	Ab-schnitt d. Erdgeschichte		Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.)	Kopfbedeckung	von der Zeit an	
bestimmter Artikel	verbleibend, restlich	ein Planet	Disziplin beim Gewichtheben		Stadt in Norditalien	altägyptischer Gott	Lebenshauch	englischer Artikel
Brauch, Sitte (lateinisch)	Seebad in Florida (USA)	Kirchengesangswerk für Chöre	beinahe		Begeisterung, Schwung	roman von Emile Zola	bevor	nord. Schicksalsgöttin
großes Gewässer	Gewürz-, Heilpflanze	Helligkeit stufenlos regeln	3	Göttin der Künste	persönliches Fürwort	Grünfläche im Dorf	Vorfahr	
Lastenheber	Laubbaum, Rüster	Erkältungssymptom	6	Fahrgast; Gefangener	von Bäumen gesäumte Straße	7		

Drei verschiedene Gewinne ...

... hat unsere Mitgliedsgewerkschaft DPoIG Berlin für das Juni-Preisausschreiben zur Verfügung gestellt: Auf die Gewinner, die unter den Einsendern der richtigen Lösung ausgelost werden, warten jetzt ein Polizei-Teddybär, ein Thermobecher und ein Campingbesteck.

Machen Sie mit und schicken Sie das Lösungswort bis 17. Juni 2024 an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© ddb berlin

PREISRÄTSEL



Letzte Meldung

Gesetzentwürfe zur Besoldungsanpassung und Lebensarbeitszeiterhöhung vorgelegt

dbb berlin: Wir werden die Vorhaben genau prüfen!

Der dbb berlin hat angekündigt, die beiden aktuell vorgelegten Gesetzentwürfe zur Besoldung und zur Anhebung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten genauestens zu prüfen.

„Wir begrüßen, dass der Senat den Tarifvertrag (TV-L) 1:1 für den Beamtenbereich übernehmen möchte“, äußerte sich dbb Landeschef Frank Becker nach erster Durchsicht der vorgesehenen Besoldungsmaßnahmen. Auch die ersten Schritte in Richtung Angleichung der Berliner Besoldung an die Bundesbesoldung werden vom dbb berlin grundsätzlich positiv gesehen. Nach den ersten Angleichungsschritten müssten allerdings zuverlässig weitere folgen. „Dann fehlt aber immer noch ein Reparaturgesetz für die A-Besoldung (analog des bereits verabschiedeten Reparaturgesetzes für Richterinnen und Richter). Erst wenn auch diese Hausaufgabe erledigt ist, darf uns der Senat auch mit der Anhebung der Lebensarbeitszeit kommen“, stellte Becker klar.

Konkret sieht der Besoldungsgesetzentwurf zum 1. November 2024 einen Sockelbetrag in Höhe von 200 Euro vor. Zum 1. Februar 2025 soll es 5,5 Prozent aus dem Tarifergebnis zuzüglich einer „ersten Rate“ zur Angleichung an die Bundesbesoldung in Höhe von 0,76 Prozent geben. Im Januar 2026 ist mit weiteren 0,76 Prozent eine „zweite Rate“ zur Angleichung an die Besoldungserhöhung vorgesehen. Fehlen also noch mindestens 0,39 Prozent Anhebung, wenn man davon ausgeht, dass der Unterschied zur Bundesbesoldung derzeit 1,91 Prozent beträgt.

Nach dem Gesetzentwurf zur Anhebung der Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte soll das Pensionseintrittsalter ab 2026 in acht Schritten auf 67 Jahre angehoben werden. Ausgenommen bleiben die Vollzugs- und Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei und Justiz.